



50 Jahre Kulturrevolution

Maos Kampagne stürzte China in ein Kapitel Grausamkeit. **Seiten 5 und 6**

Foto: 123rf/huzhiqiang

Trauer in der Lausitz

Ex-Bundesligist FC Energie Cottbus steigt in die vierte Liga ab. **Seite 18**

Taken Sie es easy!

Ein Udo, zwei Glückwünsche: Zum 70. blicken wir, gänzlich unvernuschelt, auf das Früh- und Spätwerk einer Panikkarriere. **Seite 15**



Foto: dpa/Marcel Mettelsiefen

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 17. Mai 2016

71. Jahrgang/Nr. 113 Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Echte Beteiligung

Kerstin Ewald fordert einen Runden Tisch in der Lausitz

Die Klimabewegung feiert das Klimacamp und die Blockadeaktion der Lausitzer Braunkohlewirtschaft als ihren Erfolg. Zu Recht, er war schwer erarbeitet. Seit Monaten trainierten die jungen Klimakämpfenden für die Blockade, zu den Vorbereitungstreffen führen sie stundenlang über Land. Sie sind ausdauernd, eloquent und diszipliniert. Wenn es der Kampf für die Klimarettung und gegen Kapitalismus verlangt, sind sie gut im Verzicht. Keiner meckert, alle fröhlich. Auch wenn man nach halbständigem Schlangestehen vor der Küche des Klimacamps endlich an der Reihe ist und in den leeren Suppentopf blickt. Die Protestierenden stehen früh auf, nehmen lange Fußmärsche in Kauf, verbringen Nächte im Freien. Ihre Blockaden werden strategisch durch sogenannte Finger aufgebaut. Es könnte einem der Begriff »Fingersoldaten« durch den Kopf schießen, wäre die Bewegung nicht gewaltlos und übten sich die Teilnehmenden nicht konsequent in Basisdemokratie.

Die Lausitzer Kohlekumpel und die über hundert Jahre mit dem Bergbau verbundenen Familien indes lassen sich von der Blockade kaum beeindruckend. Ihre Wut gegen die dort oben und die von außen ist ungebrochen. Die Lausitz leidet schon seit langem an den Verwerfungen zwischen Befürwortern und Gegnern der Kohle. Sie sind auch eine Folge der Missachtung existenzieller Bedürfnisse und Befindlichkeiten der Menschen in der Lausitz. Was sie brauchen sind echte Angebote der Beteiligung und eine veritable Chance für die Zeit nach dem Ende der Kohlewirtschaft. Runde Tische könnten ein Anfang sein.

UNTEN LINKS

Was ist denn jetzt los? Deutschland war doch in allen wichtigen Disziplinen immer Erster (Fußball, Maschinenbau, Weltkrieg)! Doch auf einmal heißt es, wir Deutsche seien – ausgerechnet was die Musik, die vollkommenste unter den Künsten (Beethoven! Bohlen! Bushido!), angeht – ohne tiefere Empfindungsfähigkeit! Eine freche Lüge! Wenn ihr das Radio anschaltet, klatschen wir nicht im Takt? Wenn alte Volksweisen erklingen, marschieren wir nicht? Und wenn ihr unser Gehör mit Adele beleidigt, sollen wir uns nicht mit Helene-Fischer-Schlagern rächen? Klar dürfte sein: Deutschland wird gezielt gedemütigt. »Schon wieder der letzte Platz beim ESC? Aufschrei!« (»Hamburger Morgenpost«) Schon wieder wurde die wackere deutsche Sangeskunst verlacht und in den Schmutz getreten! Wundert sich da noch irgendwer, wenn wir demnächst irgendwo einmarschieren? Oder, um es mit den Worten der geschassten Jamie Lee Kriewitz zu sagen: »The love we get is the love we give.« *tbl*

Wir sind die Roboter

Industrie 4.0: Die Arbeit der Zukunft liegt in Menschenhand

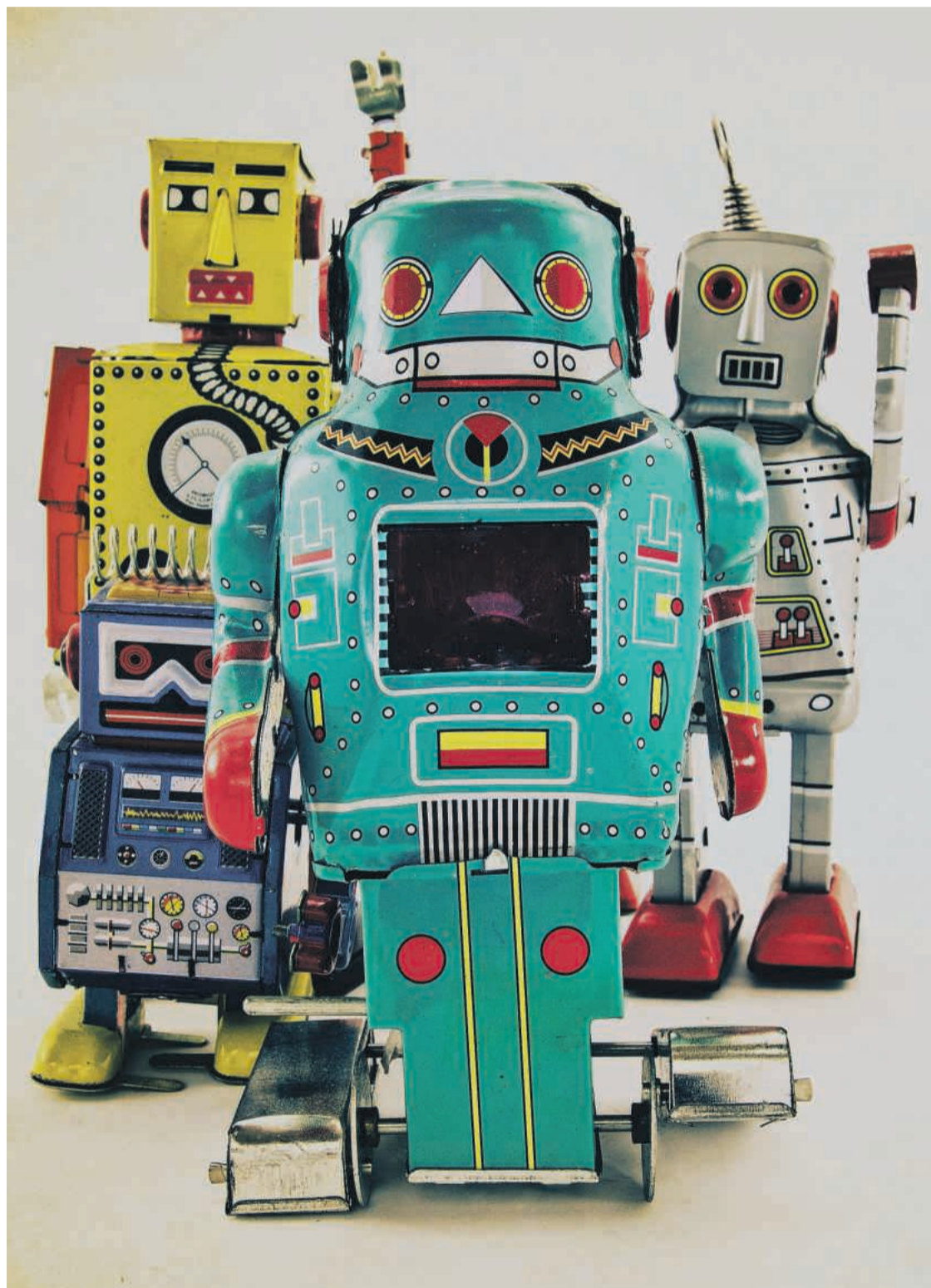


Foto: iStock/Charles Taylor

Berlin. Sie üben derzeit eine Tätigkeit als Bank- oder Postangestellter aus? Überlegen Sie sich besser schon mal eine Alternative. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass in 20 Jahren ein Roboter Ihre Arbeit erledigt, liegt bei 97 Prozent, glauben Wissenschaftler von der Oxford University und Deloitte. Auch Maurer und Callcenter-Mitarbeiter haben mit Werten von 82 und 75 Prozent nicht gerade rosige Aussichten. Sogar die Tätigkeit eines Busfahrers wird danach absehbar zu 61 Prozent digitalisiert. Dagegen ist etwa die Krankenpflege – trotz allen Nachrichten über Pflegeroboter – vorerst ein Beruf mit Zukunft: Sie bleibt zu 99 Prozent in Menschenhand.

»Wir stehen an der Schwelle zu einer Welt, in der sehr viel mehr technisch möglich ist als zuvor«, sagt die Soziologin Sabine Pfeiffer im nd-Interview. Studien, nach denen schon bald beinahe die Hälfte aller Arbeitsplätze wegfallen könnte, betrachtet sie dennoch skeptisch. Entscheidend für Unternehmen sei, ob sich die Automatisierung für sie rechnet.

Dringend notwendig ist für Pfeiffer die Debatte über die sogenannte Industrie 4.0. Wie die Arbeit der Zukunft gestaltet werden soll, »das können wir doch entscheiden, also Gesellschaft und Politik«. Nach der derzeit feststellbaren »un glaublichen Intensivierung der Arbeit« könne die zu erwartende Produktivitätssteigerung rein rechnerisch für eine deutliche Reduzierung der Arbeitszeit genutzt werden.

Die Entscheidung darüber liegt zu 100 Prozent in Menschenhand. Doch gerade Linke tun so, als hätten die Roboter schon übernommen: »Es ist doch sehr bemerkenswert, dass heute große Visionen von den Unternehmensberatungsfirmen kommen und nicht von linken Parteien oder Gewerkschaften oder anderen gesellschaftlichen Kräften«, sagt Pfeiffer. *rst*

Seite 3

Positives Fazit nach Kohle-Protesten

Mehr als 2000 Aktivisten an Pfingsten in der Lausitz

Cottbus. Das Aktionsbündnis »Ende Gelände« hat nach den Kohleprotesten in der Lausitz über Pfingsten eine positive Bilanz gezogen. »Das Aktionswochenende hat alle unsere Erwartungen übertroffen«, erklärte Sprecherin Hannah Eichberger. An den »Aktionen zivilen Ungehorsams« hätten sich mehr als 2000 Menschen aus Europa beteiligt. Besetzt wurden Knotenpunkte der Grubenbahnen, Förderbrücken und Förderbänder. Zudem ketteten sich Hunderte an Bahngleisen an oder ließen sich festbetonieren. Durch die Aktionen war der Energieriese Vattenfall gezwungen, die Leistung des Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe vorübergehend um 80 Prozent zu drosseln. Der Betrieb des Tagebaues Welzow Süd wurde über die Feiertage eingestellt.

Am Samstagabend kam es indes zu Zusammenstößen. Die Polizei nahm 130 Menschen fest, die am Sonntag wieder entlassen wurden. Zwei Demonstranten wurden verletzt und in einem Krankenhaus versorgt. *Agenturen/nd*

Seiten 2 und 12

Maduro kündigt Enteignungen an

Scharfe Konfrontation zwischen Regierung und Opposition Venezuelas

Caracas. Venezuelas Präsident Nicolás Maduro hat bei einer Demonstration der Regierungspartei angekündigt, Unternehmer enteignet und verhaften zu lassen, sollten sie ihre Firmen stilllegen. »Dieses Volk braucht wirtschaftliche Strukturen, die funktionieren. Wenn die Bourgeoisie sie aufgibt, übernimmt sie das Volk«, sagte er am Samstag. Zuletzt hatte Polar, die größte Privatfirma Venezuelas, ihre Bierproduktion eingestellt. Maduro wirft den Unternehmern vor, aus ideologischen Gründen einen Wirtschaftskrieg gegen die Regierung zu führen. Zudem ordnete Maduro Manöver der Streitkräfte an. Damit reagierte er auf Äußerungen des kolumbianischen Ex-Präsidenten Álvaro Uribe, der eine militärische Intervention in Venezuela ins Spiel gebracht haben soll.

Die Opposition will Maduro per Referendum absetzen und hat dafür 1,8 Millionen Unterschriften gesammelt. Am Samstag gingen in Caracas Tausende Menschen auf die Straße, um für eine zügige Volksabstimmung zu demonstrieren. *dpa/nd*

Entwicklungshilfe zur Flüchtlingsabwehr

Die EU finanziert, die deutsche GIZ leitet neue Grenzsicherungsprojekte in Afrika

Neue Mauern gegen Flüchtlinge. Die deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) soll ein Grenzschutzprojekt in Eritrea und Sudan leiten.

Von René Heilig

Offiziell ist die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zwischen Deutschland, Sudan und Eritrea ausgesetzt. Grund dafür sind die systematischen Menschenrechtsverstöße in beiden Ländern. Gegen den sudanesischen Präsidenten Umar Al-Bashir liegt sogar ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag wegen Völkermordes, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen im Darfur-Konflikt vor.

Die Kämpfe in Sudans westlicher Region treiben Zehntausende in die Flucht. Aus keinem afrikanischen Land fliehen so viele Menschen nach Europa wie aus Eritrea. Laut UNO werden dort mas-

siv Menschenrechte verletzt. Gerade wegen der wachsenden Anzahl von Flüchtlingen aus diesen Ländern treibt die EU Pläne für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Eritrea, Sudan und Somalia voran. Es gibt einen Aktionsplan, der im November mit Vertretern afrikanischer Länder verabschiedet worden ist. Er sieht vor, Menschen schmuggel einzudämmen und mehr Armutsflüchtlinge nach Afrika zurückzuschicken. Für Wohlverhalten der Partnerstaaten soll es Finanzhilfen geben.

Wie die Entwicklungshilfe aussieht, hat das TV-Magazin »Report aus Mainz« herausgefunden. Die dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit angegliederte Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) hilft beim Ausbau von Grenzsicherungsprojekten. Enthalten ist die Ausbildung von Grenzwächtern ebenso wie die Lieferung von Technik. Zudem geht es um den Bau von Aufnahmелagern für Flüchtlinge inklusive Hafträumen.

Die EU finanziert, die GIZ leitet das Projekt. Sudan will eine biometrische Datenbank aufbauen. So könne man auch in der EU nachvollziehen, wer Sudanese ist und wer nicht. Oder ob ein Flüchtling durch Sudan gekommen ist.

»Wir glauben, dass ein gegenseitiges Einvernehmen hergestellt werden kann.«

Sudans Außenminister

Sudans Außenminister Ibrahim Ghandour wird noch deutlicher: Man habe schon lange nach Grenzschutzequipment, also Überwachungstechnologie gefragt. »Darüber haben wir mit Deutschland und der EU gesprochen. Und wir glauben, dass ein gegenseitiges Einvernehmen hergestellt werden kann.«

Nichtregierungsorganisationen warnen, sogar die EU selbst sieht ein Missbrauchsrisiko bei der Lieferung von Ausrüstung: Im EU-Projektplan heißt es laut »Report Mainz«: »Equipment könnte zur Unterdrückung der Zivilbevölkerung eingesetzt werden.«

Seit dem 2009 mit Saudi-Arabien begonnen Grenzprojekt gilt Deutschland als Experte für derartige Zwangsanlagen. Das deutsche Innenministerium, das auch Bundespolizisten für die Ausbildung abgestellt hat, sieht die Unterstützung für das Unrechtsregime als Teil der strategischen Partnerschaft im Bereich der Sicherheit. Rüstungsfirmen wie Airbus entdecken neue Profitmöglichkeiten auf dem wachsenden Abschottungsmarkt. Grenzanlagen haben Konjunktur – neuerdings auch in Osteuropa. Vor einigen Monaten gab es Durchsuchungen der Münchner Staatsanwaltschaft bei einer Airbusfirma. Es ging um Schmiergeldzahlungen auch für ein Grenzprojekt in Rumänien.

ISSN 0323-3375

